

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

326
Wien, am 19. November 1935

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 1936.

Der Bürgermeister hat am Dienstag, dem 19. November, den Entwurf des Voranschlages der bundesunmittelbaren Stadt Wien für das Jahr 1936 in der Sitzung des Haushaltsausschusses der Wiener Bürgerschaft eingebracht.

Die laufende Gebarung, welche die Ansätze des erweiterten ausserordentlichen Investitionsprogrammes nicht umfasst, sieht Ausgaben von 329,233.510 S und Einnahmen von 301,655.800 S vor. Sie schliesst demnach mit einem Abgang von 27,577.710 S. Nach Ausscheidung der kassamässig unwirksamen Durchführungen per 27,532.470 S verbleiben an Ausgaben 301,701.040 S und Einnahmen von 274,123.330 S. Der Voranschlag für das Jahr 1935 in der Fassung des Nachtragsvoranschlages vom 1. März 1935 zeigte laufende Ausgaben von 315,713.710 S und laufende Einnahmen von 299,617.430 S. Er schloss also mit einem Abgang von 16,096.280 S. Will man zum Vergleich auch die Ergebnisse der Jahresrechnung 1934 heranziehen, so ist aus den Ausgaben dieses Jahres per 360,351.730 S das Erfordernis des ausserordentlichen Investitionsprogrammes für 1934 ^{im Betrage von 10,382.250 S} auszuscheiden und andererseits von den Einnahmen per 360,415.200 S der Erlös aus den im Jahre 1934 begebenen Schatzscheinen im Betrage von 39,437.940 S abzusetzen. Die für 1936 veranschlagte laufende Gebarung ist dann gegenüber den tatsächlichen und zwar ohne Berücksichtigung des Investitionsprogrammes bzw. des Ueberbrückungskredites erstellten Ergebnissen des Jahres 1934 in den Ausgaben um 20,735.970 S und in den Einnahmen um 19,321.460 S niedriger. Die Senkung beträgt bei den Ausgaben 5,9 Prozent und bei den Einnahmen 6 Prozent. Dies beweist, dass die Stadtverwaltung bemüht ist, im Rahmen ihrer pflichtgemässen Tätigkeit äusserste Sparsamkeit walten zu lassen. Trotzdem zwingen die Verhältnisse, zur Deckung des Abganges von 27,5 Millionen S die heute bestehenden, wie die Erfahrung beweist, leider noch unzulänglichen Einnahmen einer Ueberprüfung zu unterziehen.

Für die Beendigung der Vorhaben des erweiterten ausserordentlichen Investitionsprogrammes, das bekanntlich für 1935 und 1936 mit einer Gesamtsumme von 91 Millionen S erstellt ist, wird nach dem derzeitigen Stande der Ausführung für 1936 sicher ein Betrag von 35,412.000 S zur Verfügung stehen, da von der Gesamtsumme des Programmes im Jahre 1934 10,382.250 S zur Zahlung fällig geworden sind und für das Jahr 1935 mit Zahlungen in der Höhe von 45,205.750 S zu rechnen ist.

In der laufenden Gebarung sind Investitionen im Gesamtbetrage von 4,775.800 S vorgesehen, die Ausgaben für die Erhaltung der Gebäude und Mobilien, die Nachschaffung von Einrichtung und Wäsche, die Beschaffung von Materialien und andere arbeitschaffende laufende Ausgaben betragen rund 34,5 Millionen S, so dass der Voranschlag der Hoheitsverwaltung allein der Wirtschaft insgesamt eine Summe von rund 75 Millionen S unmittelbar zuführt. Dazu sind die Ausgaben für Investitionen der städtischen Unternehmungen von rund 25 Millionen S zu rechnen, so dass sich aus Voranschlag und Wirtschaftsplänen die schöne Summe von rund 100 Millionen S ergibt, die aus der Wiener Stadtverwaltung unmittelbar der Wirtschaft zufließt. Voranschläge für eine etwaige Erweiterung des Investitionsprogrammes bzw. für ein zusätzliches Programm können im gegenwärtigen Zeitpunkte noch nicht gemacht werden. Sobald jedoch die Sicherstellung der erforderlichen Geldmittel erfolgt ist, wird ähnlich wie beim Bund an die Einbringung eines Nachtragsvoranschlages gedacht.

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am _____

I.

Allgemeine Verwaltung.

Der gesamte Personalaufwand wird mit insgesamt 144,254.600 S (gegen 141,458.290 S laut Rechnungsabschluss 1934 und 143,141.410 S im Voranschlag 1935) angenommen. Die Erhöhung gegenüber 1935 ist auf normale Vorrückungen, auf die seit Jahren fälligen Massnahmen zugunsten der Heimkehrer und Kriegsbeschädigten unter der Angestelltenschaft, auf zahlreiche Pensionierungen und die dadurch mögliche Einstellung von jungem Personal zurückzuführen. Von den Gesamtausgaben erfordert der Personalaufwand 43'8 Prozent. Auf die Aktivitätsbezüge entfallen 99,734.630 S, auf die Pensionen 44,519.970 S. Der Personalaufwand für das Schulwesen allein stellt sich auf 51,883.810 S, d. s. 36 Prozent des gesamten Personalaufwandes. Der Personalstand betrug am 1. August 1935 22.472 Aktive (darunter 99 Aspiranten und 486 Junglehrer) und 12.637 Pensionsparteien, zusammen 35.109 Personen (gegen 22.027 Aktive und 12.387 Pensionsparteien, zusammen 34.414 Personen am 1. August 1934).

Das Schulwesen wird einschliesslich der Ausgaben für die Schuhygiene usw. insgesamt einen Aufwand von 59,003.580 S, d. s. 17'9 Prozent des Gesamtaufwandes erfordern (gegen 59,925.980 S im Jahre 1934 und 59,151.960 S im Voranschlag 1935). Der Rückgang ist neben einer Verminderung des Personalaufwandes vor allem darin begründet, dass in den Vergleichsjahren noch Kosten für die seither fertiggestellte neue Schule XIII., Veitingergasse, enthalten waren. Die Anzahl der eingeschriebenen Schüler ist im steten Rückgang, sie stellt sich im September 1935 auf 126.620 gegen 134.620 im Jahre 1934.

Hervorhebung verdient auch die Post Aufwendung ^{on} zur Hebung des Fremdenverkehrs. Während im Jahre 1934 für diesen Zweck 248.490 S verausgabt wurden, ist für 1936 ein Betrag von 450.000 S, also fast das Doppelte eingesetzt. Neue Posten sind im vorliegenden Budget vorgesehen für ^{die} Ehrgaben der Stadt an Hausgehilfinnen mit langjähriger Dienstzeit und für die zufolge des neuen Wiener Kinogesetzes anfallenden Entschädigungen für den Filmbeirat. Ebenso sieht nunmehr der Voranschlag für das Jahr 1936 die durchführungsweise Verrechnung des vermutlichen Reinertragnisses (50.000 S) des Balles der Stadt Wien vor, mit dem der Voranschlag für das Jahr 1935 noch nicht hatte rechnen können, da bei dessen Abfassung die Abhaltung dieser Veranstaltung zu Gunsten der Armen Wiens noch nicht feststand.

II.

Finanzamt.

Die Ertragnisse der eigenen Abgaben sind einschliesslich der Zwangsverfahrensgebühren und der Zuschläge zu den Bundesgebühren mit 103,110.000 S angenommen (Rechnungsabschluss 1934: 122,365.350 S, Nachtragsvoranschlag 1935: 102,040.000 S). Die Ertragsanteile an den mit dem Bund gemeinschaftlichen Abgaben sind entsprechend den Mitteilungen des Bundesministeriums für Finanzen mit 54,440.000 S angesetzt. Insgesamt erwartet der vorliegende Voranschlag aus dem Titel des Steuerwesens Einnahmen von 157,565.200 S. Aus dem gleichen Titel brachte das Jahr 1934 einschliesslich der bis dahin gesondert ausgewiesenen Erbgebühreuzuschläge Einnahmen von 173,333.740 S, während der Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1935 mit 155,240.000 S rechnete. Nach einer Reihe von Jahren des Abgleitens sollen

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am _____

daher diese Einnahmen das erste Mal ein, wenn auch bescheidenes Mehrertragnis bringen. Immerhin stellt diese Ziffer noch nicht die Hälfte der in dem Konjunkturjahre 1929 vorgesehenen Ertragssumme von 355,989.230 S dar. Der Rückgang der Einnahmen aus dem Steuerwesen tritt auch in ihrem Anteil für die Deckung der Gesamtausgaben deutlich hervor: Während im Jahre 1929 68,3 Prozent aller Ausgaben aus diesen Einnahmen bestritten werden konnten, werden die Steuern von den laufenden Ausgaben des Jahres 1936 nur 47,9 Prozent zu decken vermögen!

Die Abfuhr der städtischen Unternehmungen sind mit rund 22,5 Millionen Schilling, also ungefähr in der gleichen Höhe wie für 1935, veranschlagt.

Der Schuldendienst erfordert 25,655.940 S. Der Dienst für die titrierten Anleihen sowie für die Forderungen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und für die im Zuge der Bundeswohnbauförderung aufgenommenen Hypothekarkredite wird einen Nettoaufwand von 2,880.940 S erfordern. Für die Annuitätenzahlungen des zur Finanzierung des ausserordentlichen Investitionsprogrammes genehmigten Hypothekarkredites und für die Tilgung und die Escomptespesen der Schatzscheinkredite der Jahre 1934 und 1935 ist insgesamt ein Betrag von 22,775.000 S vorgesehen.

Für Subventionen und dergleichen wird ein Kredit von 550.000 S bereitgestellt (Rechnungsabschluss 1934: 464.080 S, Voranschlag 1935: 500.000 S). Diese Ziffer findet ihre Begründung in der Gefährdung zahlreicher wertvoller Einrichtungen, die im Interessenbereich der Stadtverwaltung liegen, durch die langandauernde Wirtschaftskrise.

III.

Wohlfahrtsamt.

Für das Wohlfahrtswesen sind einschliesslich der in anderen Hauptstücken veranschlagten Gebarungen mit Wohlfahrtscharakter und einschliesslich des Anteiles am allgemeinen Personal- und Sachaufwand 108,482.650 S Gesamtausgaben vorgesehen (Rechnungsabschluss 1934: 104,985.110 S, Nachtragsvoranschlag 1935: 106,704.570 S). Das Wohlfahrtswesen wird somit 33 Prozent des Etats der laufenden Gebarung in Anspruch nehmen.

So sehr die Stadtwirtschaft im allgemeinen nach den Grundsätzen strengster Sparsamkeit geführt wird, erwies es sich doch als notwendig, auf einzelnen Gebieten des Wohlfahrtswesens eine bescheidene Erweiterung eintreten zu lassen. So wird die Mutterhilfe für mittellose Frauen ausgebaut. Die Kindergärten und Horte werden um 5 Abteilungen vermehrt. Die Jugendpflege in Anstalten wird durch eine Belagerhöhung der städtischen Kinderheilanstalt in San Pelagio um 10 Plätze und durch stärkere Heranziehung von privaten Kinderheimen erweitert. Das Obdachlosenheim erfährt durch Errichtung eines zweiten Heimes einen Ausbau, der den bisher ungünstigen Verhältnissen der Asylabteilung abhelfen, die Trennung nach Geschlecht und Alter verbessern und in 18 Einzelräumen obdachlosen Müttern mit ihren Kindern Aufenthalt gewähren soll. Insbesondere steht die letztgenannte Aktion im Dienst der möglichsten Erhaltung des Familienverbandes. Im Krankenhaus Lainz sollen drei Abteilungen eine Belagsvermehrung um insgesamt 50 Betten erfahren. Der ständige Mangel an Betten für tuberkulose Männer erfordert eine Vermehrung der in der Heilanstalt Alland-Wien zur Verfügung stehenden Betten um weitere 10 Plätze. Für die Unterbringung gesunder, durch ihre tuberkulose Umgebung

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

gefährdeter Kinder in Familienpflege sind 65 statt der bisherigen 50 Plätze vorgesehen. Auch andere Zweige der Gesundheitspflege werden ausgebaut; so wird die augenärztliche Zentrale wieder eröffnet, die Tuberkulinprobe auch in den Kindergärten eingeführt und die Erstuntersuchung durch den schulärztlichen Dienst ausnahmslos auf alle Kinder der Pflichtschulen ausgedehnt. Schliesslich wirken sich im Voranschlag auch die bereits im Jahre 1935 eröffnete Eheberatungsstelle sowie die Erweiterung des Entbindungsheimes aus.

In Gruppen zusammengefasst ergeben sich folgende Vergleichsziffern:

Die Pflegegelder, Pflegebeiträge, Erhaltungsbeiträge und die Beiträge zu den Notstandsaushilfen und Altersrenten sind-ohne Berücksichtigung der Geld- und Sachaushilfen-mit 37,770.000 S vorgesehen (Rechnungsabschluss 1934: 36,099.310 S, Voranschlag 1935: 36,650.000 S). Hier wie bei anderen Ausgaben erklärt sich die anhaltende Steigerung auch durch die Auswirkung der Sozialgesetzgebung des Bundes.

Die Unterbringung und Verpflegung in eigenen Anstalten wird ^{erfordern} 29,551.870 S (gegen 27,649.720 S im Jahre 1934 und 29,690.090 S laut Voranschlag 1935), jene in fremden Anstalten 12,602.600 S (gegen 13,536.350 S im Jahre 1934 einschliesslich einer in diesem Jahre geleisteten Nachzahlung an den Wiener Krankenanstaltenfonds per 3 Millionen S und 12,374.400 S laut Nachtragsvoranschlag 1935). Von dem gesamten aus der Anstaltspflege zu erwartenden Aufwand per 42,154.470 S werden durch Verpflegungskostenersätze nur 5,012.000 S, d. s. 11,9 Prozent gedeckt.

Die Sorge für die von der Verarmung ihrer Eltern besonders schwer getroffenen Grosstadtkinder führt zum Ausbau der Schulhygiene und der Tuberkulosenfürsorgestellen sowie zur Wiedereröffnung von 5 geschlossenen Kindergarten- und Hortabteilungen; dadurch steigt der Aufwand für diese Stellen von 4,788.450 S im Jahre 1934 bzw. 5,092.570 S laut Voranschlag 1935 auf 5,235.810 S.

Bei der Rubrik Förderung von Hilfsaktionen sind für die Winterhilfe 1,500.000 S, also um 500.000 S mehr als 1935, veranschlagt.

Die Ueberschüsse des Wiener Bürgerspitalsfonds (rund 102.000 S) und des Bürgerladfonds (rund 13.000 S) sind wie im Jahre 1935 für Zuwendungen an arme Wiener Bürger gewidmet.

IV.

Wohnungsamt.

Die Einnahmen der städtischen Wohnhäuser sind mit 19,046.930 S veranschlagt, also ungefähr ebenso hoch wie für 1935. Das Erträgnis dieses Betriebszweiges wird mit rund 3 1/3 Millionen S vorausgesehen. Es werden also, wie dies bei der Angleichung der Mietzinse beabsichtigt war, die Mietzinse der städtischen Wohnhäuser in dieser Höhe zur Bestreitung der Kosten der Kreditoperationen beizutragen vermögen.

Die Fortführung der Aktion Errichtung von Familienasylen ist auf das ausserordentliche Investitionsprogramm verwiesen, so dass die betreffende Rubrik in der laufenden Gebarung entfällt.

Für eine Fortsetzung der Stadttranssiedlungs-Aktion kann im Hinblick auf das vorhandene Defizit in der laufenden Gebarung nichts vorgesehen werden. Falls sich die Möglichkeit ergeben wird, einen Nachtragsvoranschlag aufzustellen, wird-soferne auch vom Bund die entsprechenden Darlehensbeträge bewilligt werden können-die Stadtverwaltung auch ihrerseits bemüht sein, die Mittel für eine fünfte Aktion zur Verfügung zu stellen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am _____

Für die Gewinnung von Wohnraum in schon bestehenden Objekten, die in einer ihrer ursprünglichen Widmung entsprechenden Art nicht mehr Verwendung finden können, ist ein Betrag von 100.000 S vorgesehen. Für Grunderwerbungen findet sich ein Betrag von 1.350.000 S, der es ermöglichen soll, notwendige Arrondierungen oder aus anderen Gründen zweckmässig befundene Transaktionen durchzuführen.

Im nächsten Jahre sollen, wie im Jahre 1935, 600.000 Geviertmeter Bodenfläche, die bisher überhaupt nicht genutzt wurden, der Aktion "Notstandsgärten" dienstbar gemacht werden. Die gesamte Fläche wird unentgeltlich an rund 3.000 bedürftige, kinderreiche Familien zur Nutzung überlassen. Der Ertrag 1935 aus dieser Aktion belief sich insgesamt auf 689.000 Kilogramm wovon 360.000 Kilogramm auf Kartoffeln und der Rest auf Gemüse und Futtermittel entfiel.

V.

Bauamt.

Der I. Abschnitt des Hauptstückes Bauamt umfasst die technisch Betriebe (Strassenpflege- und Kraftwagenbetrieb, Wasserversorgung, Kanalisation, Bäder). Ihre Einnahmen sind mit 31.978.170 S (gegen 26.647.000 S laut Rechnungabschluss 1934 und 33.192.380 S für 1935), ihre Ausgaben mit 36.950.160 S (gegen 33.312.410 S bzw. 35.824.940 S in den beiden Vergleichsjahren) veranschlagt.

Im Abschnitt II sind die übrigen technischen Verwaltungszweige Gärten, Strassen, Brücken u. a. zusammengefasst. Für sie ist einschliesslich des auf anderen Rubriken veranschlagten Personal- und Sachaufwandes insgesamt eine Ausgabe von 12.519.230 S vorgesehen (Rechnungsabschluss 1934: 13.712.570 S, Voranschlag 1935: 12.760.980 S). Neue Posten in dieser Gruppe sind die Aktion Wien im Blumenschmuck, wofür nach Gepflogenheit früherer Jahre ein Betrag von 10.000 S ausgeworfen wurde, und die ersten Tilgungsraten nebst Verzinsung für das Zusatzprogramm betreffend Verbesserung von Strassenübergängen und Gehwegen sowie Instandsetzungsarbeiten an Brücken (Teerag-Zusatzprogramm).

Die technischen Abteilungen werden auch im Jahre 1936 an den Aufwendungen im Rahmen des ausserordentlichen Investitionsprogrammes den ausschlaggebenden Anteil haben.

VI.

Wirtschaftsamt.

Die Märkte und Schlachthöfe rechnen zufolge der erstmalig veranschlagten Wertabschreibung von den neu ermittelten und der Wiener Bürgerschaft zur Kenntnis gebrachten Goldwerten und zufolge erhöhter Instandhaltungstätigkeit mit einem Abgang von rund drei Viertel Millionen S (Rechnungsabschluss 1934: 40.140 S Gebärungsabgang, Voranschlag 1935: 1.063.920 S Gebärungsüberschuss). Auf eine Verzinsung ^{dieser neu ermittelten Anlagewerte} ist im vorliegenden Budget noch nicht Bedacht genommen. Unter Berücksichtigung des Paragraph 35 der Gewerbeordnungsnovelle wird es Aufgabe der Stadtwirtschaft sein, auch dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die städtischen Lagerhäuser präliminieren einen Abgang von rund 20.000 S.

Schliesslich sei noch auf die neue Post von 3.000 S verwiesen, aus der die Kosten für die Durchführung des Naturschutzgesetzes der Stadt Wien vom Jahre 1935 bestritten werden sollen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Der Abgang der laufenden Gebarung im Betrage von 27,577.710 S soll nach dem Antrage des Magistrates durch Einführung einer neuen Abgabe, die die städtischen Unternehmungen zu tragen haben, durch Verweisung auf die Kassenbestände und durch eine Kreditoperation gedeckt werden. Für die Kosten der Fertigstellung der Vorhaben auf Grund des Investitionsprogrammes ist mit Beschluss der Wiener Bürgerschaft vom 1. März 1935 durch Aufnahme von Hypothekarkrediten und durch Begebung kurzfristiger Schatzscheine vorgesorgt.

Gleichzeitig wurden vom Bürgermeister die von den Direktoren der städtischen Unternehmungen (Gaswerke, Elektrizitätswerke, Strassenbahnen, Brauhaus, Leichenbestattung und Ankündigungsunternehmung) vorgelegten Wirtschaftspläne zur Beratung übermittelt.

Gaswerke.

Im Wirtschaftsplan für 1936 ist die Gaserzeugung mit 274 Millionen Kubikmeter gegenüber 288¹/₄ Millionen Kubikmeter für 1935 angenommen, da insbesondere dem durch die milde Witterung der Wintermonate der letzten Jahre geringeren Gasheizverbrauch Rechnung zu tragen war. Die verkaufte Gasmenge ist mit 250 Millionen Kubikmeter, dem voraussichtlichen Absatz des laufenden Jahres entsprechend, gegenüber den für 1935 veranschlagten 264 Millionen Kubikmeter angesetzt.

Der Voranschlag ergibt nach Durchführung entsprechender Abschreibungen von den Anlagewerten und Zuweisungen an Rücklagen einen Gebarungüberschuss von rund 10¹/₅ Millionen S gegenüber den für 1935 veranschlagten 10¹/₂ Millionen S.

Für Investitionen sind rund 5¹/₅ Millionen S vorgesehen, von denen rund 0¹/₄ Millionen S auf bereits genehmigte und in Ausführung stehende Neuherstellungen entfallen.

Das Gelderfordernis wird ausschliesslich aus den Abschreibungsrücklagen und den Kassenbeständen des Unternehmens gedeckt.

Elektrizitätswerke.

Der Strombedarf des Unternehmens wird im Wirtschaftsplan 1936 mit ^{Millionen} 47¹/₄/Kilowattstunden gegenüber ^{Millionen} 44⁵/₅/Kilowattstunden im Jahre 1935 veranschlagt. Hievon sollen rund ^{Millionen} 231/Kilowattstunden aus den eigenen Dampf und Wasserkraftwerken, rund ^{Millionen} 24³/₃/Kilowattstunden durch Fremdstrombezug gedeckt werden. Die verkaufte Strommenge ist mit 342¹/₄ Millionen Kilowattstunden gegenüber 322 Millionen Kilowattstunden im Voranschlag 1935 angesetzt.

Der Wirtschaftsplan weist nach Durchführung entsprechender Abschreibungen von den Anlagewerten und Zuweisungen an Rücklagen einen Gebarungüberschuss von rund 10¹/₂ Millionen S gegenüber den für 1935 veranschlagten rund 10 Millionen S aus.

Für Investitionen ist im Wirtschaftsplan ein Geldbedarf von 8¹/₆₈ Millionen S vorgesehen, von dem auf bereits genehmigte und in Ausführung begriffene Neuherstellungen 0¹/₈₅ Millionen S entfallen.

Die Bedeckung erfolgt zur Gänze aus den dem Unternehmen aus den Abschreibungsrücklagen und den Kassenbeständen zur Verfügung stehenden Mitteln.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am.....

Strassenbahnen.

Verzlichen mit dem Wirtschaftsplan 1935 rechnen die Strassenbahnen mit einer Erhöhung der Beförderungsleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn von 461'3 Millionen auf 483'7 Millionen Personen, beim Autobusbetrieb von 16'3 Millionen auf 16'4 Millionen und beim Elektrobusbetrieb von 260.000 auf 280.000 Personen. Die Erhöhung der Beförderungsleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn ist darauf zurückzuführen, dass sich der seit April 1935 auf allen Strassenbahnlinien des Tarifgebietes I gültige 10-Groschen-Tarif im Jahre 1936 erstmalig ganzjährig auswirkt. Die Steigerung der Frequenz beim Autobusbetrieb ist eine Folge des Betriebes der neuen Linie auf den Kahlenberg. Die Zunahme der Beförderungsleistung beim Elektrobusbetrieb gründet sich auf die Erfahrungen des laufenden Jahres.

Die Fahrleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn ist mit 125'6 Millionen Wagenkilometer angenommen und weist gegen die Annahme für das Jahr 1935 keine Veränderung auf. Beim Autobusbetrieb wird eine Steigerung der Fahrleistung von 3'58 auf 3'62 Millionen Wagenkilometer und beim Elektrobusbetrieb eine solche von 61.000 auf 68.500 Wagenkilometer gewärtigt.

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung auf der Strassenbahn und Stadtbahn werden trotz der vorgesehenen Frequenzsteigerung nur mit 98'7 Millionen Schilling angenommen, wogegen der Ansatz für das Jahr 1935 noch 99'1 Millionen Schilling betrug. Die Ursache für diesen weiteren Rückgang der Einnahmen ist darin gelegen, dass der Durchschnittsfahrpreis für das Jahr 1936 infolge der ganzjährigen Auswirkung des 10-Groschen-Tarifes nur mehr mit 20'4 Groschen angenommen werden kann. Beim Autobusbetrieb wurden die Einnahmen von 4'4 Millionen Schilling auf 4'5 Millionen S hinaufgesetzt; die Einnahmen des Elektroautobusbetriebes wurden so wie für das Jahr 1935 mit 42.000 Schilling angenommen.

Die Einnahmen aus der Gepäck- und Hundebeförderung sind entsprechend den Erfahrungen des laufenden Jahres mit 0'9 Millionen S angenommen und halten sich damit auf der gleichen Höhe wie die Annahmen für das Jahr 1935.

Die städtischen Strassenbahnen rechnen für das Jahr 1936 mit einem Gebarungsabgang von 5'4 Millionen S; er ist um ^{rund} 1'1 Millionen S kleiner als der für das Jahr 1935 vorgesehene, was der Hauptsache nach auf die Senkung der Personalauslagen infolge des natürlichen Abganges sowie auf die Verringerung der Abschreibungen zurückzuführen ist.

An Investitionen ist ein Betrag von 10'8 Millionen ^{Schilling}/vorgesehen, gegen 8'6 Millionen S im Jahre 1935. Von diesem Betrage entfallen rund 4'5 Millionen S auf die Beitragsleistungen zum Umbau der Reichsbrücke, der Rotundenbrücke und der Schlachthausbrücke und rund 1 Million S ^{auf} die Herstellung der Gleisanlagen aus Anlass des Umbaus der Reichsbrücke und der Rotundenbrücke.

Brauhaus.

Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet damit, dass der Tiefpunkt in der Erzeugung bereits überschritten ist, es wird daher mit einer gleichen Erzeugungs- und Verkaufsmenge, wie im Vorjahre, nämlich mit 160.000 hl bzw. 150.400 hl gerechnet. Die Einnahmen für Bier und Nebenprodukte werden mit 10'97 Millionen gegen 10'96 Millionen S im Vorjahre präliminiert.

Der Wirtschaftsplan weist einen Gebarungsüberschuss von 200.000 Schilling aus.

Die Investitionen von zusammen 310.000 Schilling werden aus Abschreibungsmitteln bedeckt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

Leichenbestattung.

Der Wirtschaftsplan der städtischen Leichenbestattung für das Geschäftsjahr 1936 hat folgende Annahmen zugrunde gelegt:

10.300 eigene Zahlleichen der Unternehmung, 8.000 Fälle von Teilleistungen an private Bestatter und die unentgeltliche Besorgung von 2.000 Leichenbegängnissen.

Die Einnahmen aus der Leichenbestattung sind um rund 400.000 Schilling höher angenommen.

Der Wirtschaftsplan weist einen Gebarungüberschuss von 142.000 Schilling aus.

Für Investitionen und Inventaranschaffungen ist ein Betrag von 205.000 Schilling vorgesehen, der aus Abschreibungsmitteln bodeckt wird.

Ankündigungsunternehmung.

Die städtische Ankündigungsunternehmung rechnet auf Grund ihrer Beobachtungen im laufenden Geschäftsjahr mit einer Erhöhung der Umsätze aus dem Reklame- und Vermittlungsgeschäft. Die Unternehmung weist einen Gebarungüberschuss von 87.000 Schilling aus.
